

Norbert Wagner

# Cinq ans pour changer la France

Seit dem Amtsantritt der neuen, von Jean-Pierre Raffarin geführten französischen Regierung stand diese unter einem durchweg guten Stern. Hierzu trug die entschiedene Inangriffnahme der innenpolitischen Aufgaben, so etwa die Stärkung der inneren Sicherheit, durch den Premierminister und sein Kabinett bei, aber auch die wachsende Bereitschaft des gesamten bürgerlichen Lagers, seine traditionelle Zersplitterung zu überwinden und sich unter dem Dach der Union pour la Majorité Présidentielle (UMP) zu einen. Eine derartige Bereitschaft suchte man indes bei der französischen Linken vergebens, deren Konzept einer *gauche unie* auch kurz vor den beiden Parlamentswahlrunden noch graue Theorie blieb. Tatsächlich errang die UMP am 9. und 16. Juni einen glänzenden Sieg – trotz vehementen Sträubens der UDF-Größe Bayrou gegen die Vereinigung der Bürgerlichen. Mit der Stimmenmehrheit der UMP, der komfortabelsten, die eine Einzelpartei in der V. Republik je erzielt hat, kann die neue Führung unter Chirac und Raffarin einen Schlussstrich unter die Ära der Kohabition ziehen, muss sich nun jedoch auch den Erwartungen der Franzosen an die Gestaltung der Zukunft, zumal in der Innen- und Wirtschaftspolitik, stellen.

Nur fünf Wochen lagen zwischen dem zweiten Wahlgang der Präsidentenwahlen (5. Mai) und der ersten Runde der Parlamentswahlen (9. Juni) in Frankreich. Wenig Zeit für die neue Regierung Raffarin, die nach dem Wahlsieg von Präsident Chirac ernannt worden war, um ihre neue Politik ins Werk zu setzen. Wenig Zeit auch für die bei den Präsidentenwahlen geschlagene Linke, ihre Truppen zu sammeln und neu aufzustellen.

## ■ Die ersten Wochen der neuen Regierung

Die erste Woche nach den Präsidentenwahlen war geprägt von der Ernennung des Premierministers Raffarin und seiner neuen Regierung. In nur kurzer Zeit konnten sowohl der neue Premierminister als auch das neue Kabinett bei den Franzosen einen überwiegend positiven Eindruck hinterlassen. Premierminister Raffarin unterstrich immer wieder seine *Maxime der politique d'en bas*, der Politik von unten. Seine Regierung höre auf die Meinung der Bevölkerung, wolle die Sozialpartner zum Dialog zusammenführen, die Minister seien Diener der Nation, eine Regierung von oben werde es nicht geben.

Natürlich konnte die neue Regierung in den wenigen Wochen, die sie bis zu den Parlamentswahlen im Amt war, keine wirksamen Reformen umsetzen und keine tiefgreifenden Änderungen herbeiführen. Ihre Möglichkeiten beschränkten sich zunächst darauf, einen neuen Stil zu praktizieren und Reformen vor-

zubereiten und auf den Weg zu bringen. Einige Maßnahmen konnte sie per Dekret umsetzen. Bei anderen konnte sie lediglich Gesetzentwürfe vorbereiten mit der Zusage, im Falle eines Wahlsieges diese Gesetze auch in der Assemblée Nationale zu beschließen.

### ■ Politische Prioritäten

Zur obersten politischen Priorität wurde die *innere Sicherheit*. Es wurde der Conseil de sécurité intérieur (CSI) ins Leben gerufen. Er wird vom Präsidenten geleitet und umfasst neben dem Premierminister den Minister für Innere Sicherheit (Nicolas Sarkozy), den Justizminister (Dominique Perben), den Verteidigungsminister (Michèle Alliot-Marie), den Wirtschafts- und Finanzminister (Francis Mer), wegen dessen Zuständigkeit für Steuerfahndung und Zoll, den Haushaltsminister (Alain Lambert) sowie den Minister für die überseeischen Gebiete (Brigitte Girardin) und den Minister für die Städte (Jean-Louis Borloo). Vorrangige Aufgabe des CSI ist die rasche Bildung und Überwachung der Tätigkeit von „Groupes de soutien et d'intervention“ (GSI). Zu diesen Einsatzgruppen zählen Beamte der Polizei, der Gendarmerie, der Steuer- und Zollpolizei sowie regionale Bereitschaftskräfte. Sie sollen vor allem in den *banlieues difficiles* dafür sorgen, dass jene Strukturen ausgehoben werden, die bisher mitunter ganze *quartiers* terrorisierten und zu rechtsfreien Räumen machten.

Durch eine *Neuorganisation der Ordnungskräfte* sollen Reibungsverluste zwischen den verschiedenen Diensten abgebaut und ihre Wirksamkeit erhöht werden. Die hauptsächlich auf dem Land tätige Gendarmerie, die bisher dem Verteidigungsministerium unterstand, ist nun, wie die Polizei, die bisher vor allem in den Städten eingesetzt wurde, dem Innenministerium unterstellt. Zur besseren Ausrüstung der Sicherheitskräfte werden zusätzliche Mittel bereitgestellt.

Zahlreiche Besuche von Premierminister Raffarin und Innenminister Sarkozy in Polizeistationen der Pariser Banlieue dienten dazu, die Entschlossenheit der neuen Regierung auf diesem Feld zu demonstrieren.

Auch die zweite der politischen Prioritäten, die *Justiz*, steht in direktem Zusammenhang mit der in-

■ Zur obersten politischen Priorität wurde die *innere Sicherheit*. Es wurde der Conseil de sécurité intérieur (CSI) ins Leben gerufen. Er wird vom Präsidenten geleitet.

neren Sicherheit. So wird ein Gesetz vorbereitet, das die finanzielle und personelle Ausstattung der Gerichte und der Gefängnisse verbessern soll. In großem Umfang sollen zusätzliche Richter und Staatsanwälte eingestellt werden mit dem Ziel, dass Strafen rasch verhängt werden und dass keine Straftat ungestraft (*impunité zéro*) bleibt.

Die dritte Stelle der politischen Prioritätenskala geht auf eine konkrete Ankündigung von Präsident Chirac aus dem Wahlkampf zurück, nämlich die *Einkommenssteuern* bereits für das Jahr 2001 um fünf Prozent zu senken. Zusätzlich sollen Maßnahmen zur Förderung insbesondere der Klein- und mittelständischen Unternehmen ergriffen werden. Der Dialog der Sozialpartner soll gefördert werden. Die 35-Stundenwoche soll in ihrer Rigidität gemildert werden. Offen bleibt, wie.

Diese und zahlreiche andere Ankündigungen und Maßnahmen kosten natürlich Geld. Ihre Finanzierung ist noch keineswegs gesichert. Die Regierung hatte daher auch sogleich betont, dass sie die im Rahmen der EU eingegangenen Verpflichtungen der Haushaltsdisziplin (Haushaltsdefizit unter drei Prozent, ausgeglichener Haushalt bis zum Jahr 2004) strikt einhalten wolle. Premierminister Raffarin hatte zunächst einen *Kassensturz* (*audit*) in Auftrag gegeben, der im Übrigen von den beiden selben Experten durchgeführt wird, die bereits vor fünf Jahren die gleiche Prüfung im Auftrage des damaligen neuen Premierministers Lionel Jospin vorgenommen hatten. Die Ergebnisse dieses Kassensturzes wurden erst nach den Parlamentswahlen bekannt gegeben. Raffarin wollte damit den Eindruck vermeiden, er habe diesen Kassensturz nur aus Gründen der Wahlpropaganda angeordnet.

### ■ Benennung der Kandidaten für die Parlamentswahlen

Eine Woche vor dem ersten Wahlgang lief die Frist zur Hinterlegung der Kandidaturen für die Parlamentswahlen in den 577 Wahlkreisen (555 France métropolitaine) ab. Weit über 8000 Personen hatten ihre Kandidatur erklärt (davon 31,5 Prozent Frauen), in manchen Wahlkreisen traten bis zu 16 Kandidaten gegeneinander an. Abgelaufen ist damit auch eine Phase intensiver Händel zwischen den verschiedenen

■ Eine Woche vor dem ersten Wahlgang lief die Frist zur Hinterlegung der Kandidaturen für die Parlamentswahlen in den 577 Wahlkreisen ab. Weit über 8000 Personen hatten ihre Kandidatur erklärt, in manchen Wahlkreisen traten bis zu 16 Kandidaten gegeneinander an.

Parteien und Gruppierungen sowohl im bürgerlichen Lager als auch bei der Linken.

Von der „*gauche plurielle*“ zur „*gauche unie*“

Der *gauche plurielle* war es trotz der schmerzlichen Niederlage bei den Präsidentenwahlen nicht gelungen, aus ihrer Zersplitterung eine Lehre zu ziehen und mit einer einheitlichen und geeinten Front in die Parlamentswahlen zu ziehen. Das neue Etikett *la gauche unie* (aus Sozialisten, den Grünen, den Kommunisten und den Radikalsozialisten) war ein Euphemismus. Die Kommunisten kamen stark gerupft aus den Verhandlungen um sichere oder möglicherweise sichere Wahlkreise. Zulegen konnten dagegen wegen ihres besseren Abschneidens bei den Präsidentenwahlen die Grünen. Insgesamt schickte die *gauche unie* nur 170 „Kandidaten der Union“ ins Rennen. Für die übrigen Wahlkreise konnte keine „Einheitsfront“ vereinbart werden.

Insgesamt hatte der vergleichsweise große Erfolg der extremen Linken dazu geführt, dass die Parteien der früheren Regierungsmehrheit in ihren Wahlkampfaußagen deutlich nach links schwenkten. Sehr zum Leidwesen der moderaten Sozialisten Laurent Fabius und Dominique Strauss-Kahn. In der Sozialistischen Partei gab es deshalb heftigen Streit zwischen Strauss-Kahn und Martine Aubry, der Protagonistin dieses Linksschwenks, bei der Beratung des Wahlkampfprogramms. Henri Emmanuelli forderte *plus à gauche*, Fabius empfahl *mieux à gauche*, dagegen verlangte Martine Aubry *bien à gauche*. Verwundert fragte da *Le Figaro* (20. Mai), ob diese byzantinische Rhetorik den Erwartungen oder gar den Hoffnungen der Franzosen entspreche.

Außer mit einem prononcierteren Linkskurs hoffte die Linke außerdem mit dem Argument zu werben, eine neue Kohabitation sei notwendig, um das innenpolitische Machtgefüge auszubalancieren. Vergessen waren die früheren Klagen über die Beschwerden der Kohabitation gerade aus dem Munde zahlreicher Politiker der Linken. Oliver Schrameck, ehemaliger Directeur de Cabinet von Premierminister Lionel Jospin, hatte die Kohabitation in einem Buch (*Matignon Rive Gauche*, Seuil 2001) gar als „le pire des régimes pour notre pays“ bezeichnet.

■ Der *gauche plurielle* war es trotz der schmerzlichen Niederlage bei den Präsidentenwahlen nicht gelungen, aus ihrer Zersplitterung eine Lehre zu ziehen und mit einer einheitlichen und geeinten Front in die Parlamentswahlen zu ziehen. Das neue Etikett *la gauche unie* war ein Euphemismus.

Die extrem linken Parteien konnten sich untereinander und auch mit ihren linken Gesinnungsgenossen nicht auf ein gemeinsames Vorgehen einigen, traten also mit getrennten Listen zu den Parlamentswahlen an. Lutte ouvrière (LO) zog mit 560 Kandidaten in die Wahl, die Ligue Communiste Revolutionnaire (LCR) mit 440.

Wie kaum anders zu erwarten, ergab sich auch keine Einigung zwischen Jean-Pierre Chevènement und den Sozialisten, denn ihm lastete man beim PS vor allem die Niederlage von Jospin bei den Präsidentenwahlen an. Chevènement nannte seine Partei um in Pôle Républicain – wohl auch, um die Attraktivität für Wähler aus dem bürgerlichen Lager zu erhöhen. 400 Kandidaten wurden benannt. Ohne Absprachen mit den Sozialisten war es aber äußerst fraglich, ob er eine nennenswerte Anzahl von Wahlkreisen gewinnen könnte. Die *gauche unie* hatte sogar gegen Chevènement und seinen Stellvertreter Sarre eigene Kandidaten aufgestellt, offenkundig eine Revanche für die Niederlage bei den Präsidentenwahlen. So war schon vor den Wahlen absehbar, dass sich die politische Karriere von Chevènement und seiner Gruppierung dem Ende zuneigen würde. Er selbst sprach schon von der *tentation de Palerme*, und bezog sich damit auf Jospin, der nach seinem Rücktritt zu einem Urlaub in Palermo aufgebrochen war.

#### *Die Union pour la majorité présidentielle (UMP)*

■ Nach seinem Sieg bei den Präsidentenwahlen schien Jacques Chirac die Zeit gekommen, die verschiedenen Kräfte der bürgerlichen Rechten in einer neuen, großen Sammlungsbewegung zu vereinen. Seit rund zwei Jahren war die Bildung dieser Partei, die zuvor Union en mouvement (UEM) hieß, vorbereitet worden. Als Vorbilder wurden dabei immer wieder die CDU/CSU in Deutschland und der PP in Spanien angeführt.

Nach seinem Sieg bei den Präsidentenwahlen schien Jacques Chirac die Zeit gekommen, die verschiedenen Kräfte der bürgerlichen Rechten in einer neuen, großen Sammlungsbewegung zu vereinen. Seit rund zwei Jahren war die Bildung dieser Partei, die zuvor Union en mouvement (UEM) hieß, angetrieben von Alain Juppé, Philippe Douste-Blazy, Jérôme Monod und anderen vorbereitet worden. Als Vorbilder wurden dabei immer wieder die CDU/CSU in Deutschland und der PP in Spanien angeführt. Bereits kurz nach dem ersten Wahlgang ließ Chirac die Gründung der Partei Union pour la Majorité Présidentielle (der Begriff „Union“ hat Konjunktur in Frankreich) verkünden. In den Wochen vor dem ersten Wahlgang der Parlamentswahlen war es dann den führenden Politikern der UMP gelungen, ihr Konzept durchzusetzen.

Schon vor den Präsidentenwahlen war unter den Abgeordneten der bürgerlichen Parteien eine deutliche Tendenz zur Bildung einer gemeinsamen Partei bzw. Fraktion spürbar. Die bevorstehenden schwierigen Parlamentswahlen und der Sieg von Präsident Chirac bei den Präsidentenwahlen gaben dem Projekt den entscheidenden Impuls.

Die Führung der UMP kündigte frühzeitig an, in allen Wahlkreisen eigene Kandidaten aufstellen zu wollen und setzte damit ihre Konkurrenten aus dem eigenen Lager unter Druck. Drei Bedingungen mussten die Kandidaten, die mit dem Etikett UMP antreten wollten, erfüllen:

- Kandidatur nur unter dem Etikett UMP,
- Verpflichtung, nach der Wahl der gemeinsamen UMP-Fraktion anzugehören,
- Abführung der Finanzbeiträge der Abgeordneten an die UMP-Partei, die im Herbst offiziell gegründet werden soll.

Rasch erklärte sich der überwältigende Teil der bisherigen Abgeordneten bereit, UMP-Kandidaten zu sein. Alain Madelin leistete kurzzeitig Widerstand, sah aber die Ausweglosigkeit seiner Situation ein. Alle übrigen DL-Abgeordneten waren zuvor schon zur UMP „übergelaufen“. Madelin trat dann ebenfalls als Kandidat der UMP an, ohne den Verpflichtungen der Fraktionszugehörigkeit und der Finanzbeiträge nachkommen zu müssen.

Auch mit Philippe de Villiers und seinem Mouvement pour la France wurde eine Übereinkunft gefunden. Er benannte nur 146 Kandidaten mit der Zusage, den möglichen Sieg eines UMP-Kandidaten nicht zu gefährden. Dagegen überließ die UMP einige sichere Wahlkreise an de Villiers. Auch gegen Charles Millon stellte die UMP keinen eigenen Kandidaten auf. Insgesamt hatte die UMP 533 Kandidaten nominiert.

### ■ **Bayrou spielt um sein politisches Überleben**

Seit den Anfängen der UEM bzw. UMP leistete François Bayrou erbitterten Widerstand gegen die Gründung einer großen Partei der bürgerlichen Kräfte. Er behauptete, in einer solchen Partei würden die verschiedenen politischen Strömungen der bisherigen Parteien untergehen, und eine offene Diskussion werde nicht mehr möglich sein.

■ **Schon vor den Präsidentenwahlen war unter den Abgeordneten der bürgerlichen Parteien eine deutliche Tendenz zur Bildung einer gemeinsamen Partei bzw. Fraktion spürbar. Die bevorstehenden schwierigen Parlamentswahlen und der Sieg von Präsident Chirac bei den Präsidentenwahlen gaben dem Projekt den entscheidenden Impuls.**

Durch sein Wahlergebnis bei den Präsidentenwahlen (knapp sieben Prozent) fühlte er sich in seiner Haltung bestärkt. Im bürgerlichen Lager gebe es zwei politische Pole (die UMP und die UDF). Neben einer Partei, personifiziert durch Präsident Chirac, der ja auch nur knapp 20 Prozent gewonnen habe, müsse ein zweiter Pol Bestand haben, der das politische Zentrum abdecke. Immer wieder beklagte er in den Medien die politische Dampfwalze der Präsidentenpartei, die alle anderen Bewegungen erdrücken wolle. Falls keine Einigung mit der UMP gefunden werde, werde er in allen Wahlkreisen UDF-Kandidaten aufstellen. Er sprach sogar von „Kamikaze-Kandidaturen“, die nur den Zweck erfüllen sollten, den Sieg eines UMP-Kandidaten zu verhindern. Die Strategie der UMP-Führung nannte er brutal und verglich sie mit dem „Anschluss“. Er warnte alle, die unter dem Etikett UMP kandidieren würden.

■ Je weiter sich Bayrou mit seinen Tiraden verstieg, um so mehr wandten sich Abgeordnete aus den Reihen der UDF von ihm ab und der UMP zu. Selbst Raymond Barre kritisierte kurz vor den Wahlen die Haltung von Bayrou. „Bayrou de plus en plus isolé“, schrieb daraufhin *Le Figaro* (17. Mai).

Je weiter sich Bayrou mit seinen Tiraden verstieg, um so mehr wandten sich Abgeordnete aus den Reihen der UDF von ihm ab und der UMP zu. Selbst Raymond Barre kritisierte kurz vor den Wahlen die Haltung von Bayrou. „Bayrou de plus en plus isolé“, schrieb daraufhin *Le Figaro* (17. Mai). Nur noch wenige Abgeordnete hielten zu Bayrou, etwa Hervé Morin, Anne-Marie Idrac. Selbst Gilles de Robien und Jean-Louis Borloo, beide Minister im neuen Kabinett Raffarin, traten als UMP-Kandidaten an.

Die UMP-Führung hatte Bayrou ein Angebot gemacht, einige sichere Wahlkreise UDF-Kandidaten zu überlassen. Wie zu erwarten, fand man aber keine Übereinkunft über die Anzahl dieser Wahlkreise. Bayrou wollte 80, die UMP bot weniger als die Hälfte an. Schon damals wäre Bayrou gut beraten gewesen, dieses Angebot anzunehmen. Denn um eine Fraktion bilden zu können, benötigte er mindestens 20 Abgeordnete. Und es war mehr als fraglich, ob er mit seiner Konfliktstrategie so viele Mandate würde erzielen können.

Überhaupt konnte man fragen, ob Bayrou noch eine klar durchdachte Strategie hatte. Der Vorstand der UDF veröffentlichte nämlich eine Liste mit 417 Kandidaten. Die Mehrzahl von ihnen waren indes Kandidaten der UMP. Ferner fanden sich auf der Liste Kandidaten, die von ihrer Unterstützung durch die UDF überhaupt nichts wussten, darunter auch

Kandidaten des RPR und von DL. In über hundert Wahlkreisen führten die Nominierungen der UDF indessen dazu, dass im ersten Wahlgang der Parlamentswahlen Kandidaten der UDF und der UMP gegeneinander antraten.

Diese „Kamikaze-Strategie“ von Bayrou gefährdete einen aus damaliger Sicht durchaus noch ungewissen Wahlsieg der bürgerlichen Kräfte bei den Parlamentswahlen am 9. bzw. 16. Juni.

## ■ **Triangulaires**

Besonders gefährlich für den erhofften Sieg der bürgerlichen Parteien waren dabei die sogenannten Triangulaires. Dabei nehmen drei Kandidaten am zweiten Wahlgang teil. Denn nach französischem Wahlgesetz gelangt bei den Parlamentswahlen in den zweiten Wahlgang, wer im ersten Wahlgang mehr als 12,5 Prozent der Stimmen der Wahlberechtigten erzielt. Dies war beispielsweise bei den Parlamentswahlen des Jahres 1997 in 76 Wahlkreisen der Fall. Je ein Kandidat der Linken, des bürgerlichen Lagers und des Front National gelangte in den zweiten Wahlgang. In 50 Wahlkreisen gewann damals der linke Kandidat. Die Triangulaires kosteten im Jahr 1997 das bürgerliche Lager den Sieg. Die Furcht war groß, dass sich dies im Jahr 2002 wiederholen könnte.

Auf der Basis des Ergebnisses der ersten Runde der Präsidentenwahlen war zu befürchten, dass sich bei den Parlamentswahlen in knapp 200 Wahlkreisen Triangulaires ergeben könnten, bei denen nicht nur je ein Kandidat der Linken und der Rechten in die zweite Runde gelangen würde, sondern zusätzlich auch ein Kandidat der extremen Rechten (FN oder MNR).

Aber auch der Linken drohten in über 130 Wahlkreisen Triangulaires mit einem Kandidaten der extremen Linken.

## ■ **Erste Runde der Parlamentswahlen**

Bei der ersten Runde der Parlamentswahlen am 9. Juni haben Premierminister Jean-Pierre Raffarin und seine Union pour la Majorité Présidentielle (UMP) einen glänzenden Sieg errungen. Mit diesem Sieg errangen Raffarin und die UMP eine solide Ausgangsbasis für die zweite Runde am 16. Juni.

■ **Besonders gefährlich für den erhofften Sieg der bürgerlichen Parteien waren die sogenannten Triangulaires. Dabei nehmen drei Kandidaten am zweiten Wahlgang teil. Denn nach französischem Wahlgesetz gelangt bei den Parlamentswahlen in den zweiten Wahlgang, wer im ersten Wahlgang mehr als 12,5 Prozent der Stimmen der Wahlberechtigten erzielt.**



## ■ Parlamentswahlen

	2002 1. Runde (Prozent)	1997 1. Runde (Prozent)
Extreme Linke		
LCR	1,24	} 2,2
LO	1,18	
sonst. extr. Linke	0,32	
Parti Communiste, PC	4,91	9,9
Parti Socialiste-Divers		
Gauche	23,78	} 27,6
PRG	1,51	
DVG	1,38	
Verts	4,44	3,6
Pôle Républicain (Chevènement)	1,19	1,1
CPNT (Saint-Josse)	1,64	-
sonst. Grüne	1,16	-
UMP	33,37	} 36,2
UDF	4,79	
DL	0,42	
RPF	0,36	
MPF	0,78	
Divers Droite	3,89	
Front National, FN	11,12	14,9
MNR (Mègret)	1,08	-
sonstige	2,7	

- Die Wahlbeteiligung lag bei 64,42 Prozent und damit so niedrig wie noch nie zuvor bei Parlamentswahlen (z. B. 68,5 Prozent 1997).
- Die extreme Linke verlor gegenüber den Präsidentenwahlen massiv. Bei der ersten Runde der Präsidentenwahlen hatte die extreme Linke noch 10,62 Prozent der Stimmen erhalten. Nun erreicht sie gerade noch 2,77 Prozent.
- Auch die extreme Rechte erzielte mit 12,32 Prozent ein deutlich schwächeres Ergebnis als bei den Präsidentenwahlen. Damals hatte sie noch 19,57 Prozent der Stimmen gewonnen.
- Die Linke insgesamt (PC, PS, Verts, Pôle Républicain) verlor deutlich. Sie errang nur noch 36,04 Prozent der Stimmen gegenüber 42,2 Prozent bei den Parlamentswahlen im Jahr 1997. Dabei konnte der PS sein Ergebnis noch nahezu hal-

ten. Auch die Grünen schlugen sich recht gut. Großer Verlierer innerhalb des linken Lagers war die Kommunistische Partei. Sie verlor über 50 Prozent ihrer Wähler. Ihr drohte nun, dass sie nicht einmal mehr eine eigene Fraktion in der neuen Assemblée Nationale bilden können (Minimum: 20 Abgeordnete). Politisch am Ende war auch der Pôle Républicain von Jean-Pierre Chevènement. Dieser selbst lag in seinem Wahlkreis in Belfort hinter dem Kandidaten der UMP an zweiter Stelle.

- Die bürgerlichen Parteien legten von 36,2 Prozent im Jahr 1997 auf rund 43,61 Prozent der Stimmen zu. Der große Gewinner innerhalb des bürgerlichen Lagers war indes die UMP, die alleine fast so viele Stimmen erzielte wie das bürgerliche Lager im Jahre 1997 insgesamt. Die Strategie der Bildung einer großen, einheitlichen Partei der bürgerlichen Mitte hatte damit ihre Früchte getragen.
- Eine herbe Enttäuschung beinhaltet das Ergebnis für François Bayrou. Mit 4,79 Prozent lag er deutlich hinter seinem Resultat bei den Präsidentenwahlen.
- Während vor den Wahlen noch mit bis zu 200 Triangulaires gerechnet wurde, ergab die erste Runde der Parlamentswahlen deutlich weniger als 30. Dies erklärte sich zum einen durch das relativ schwache Abschneiden der extremen Parteien. Zum anderen lag eine wesentliche Ursache auch in der geringen Wahlbeteiligung. Denn um in die zweite Runde der Parlamentswahlen zu gelangen, benötigt ein Kandidat, wie gesagt, mindestens 12,5 Prozent der Stimmen der Wahlberechtigten. Bei geringer Wahlbeteiligung ist es somit schwieriger, diese Schwelle zu überspringen.

Dieser Sieg in der ersten Runde war vor allem auch ein Sieg des Premierministers Jean-Pierre Raffarin und seines neuen Politikstils. Gleichwohl hatte Raffarin noch am Wahlabend vor „Triumphalismus“ gewarnt. Noch müsse auch die zweite Runde der Parlamentswahlen gewonnen werden. Ein überragendes Ergebnis bei den Wahlen beinhaltet auch eine ebensolche Verpflichtung und Aufgabe für die neue Parlamentsmehrheit. Engagement, Durchhaltevermögen und Effizienz seien nun erforderlich, um dieser Herausforderung auch gerecht zu werden.

■ In der Tat verfügen Präsident Jacques Chirac und Premierminister Jean-Pierre Raffarin nun über eine komfortable Mehrheit in der Assemblée Nationale, um in den kommenden Jahren ihre Politik auch durchzusetzen.

## ■ Zweite Runde – glanzvoller Sieg Raffarins

„Cinq ans pour changer la France“ (fünf Jahre, um Frankreich zu verändern), so lautete die Überschrift auf der ersten Seite des *Figaro* am Tag nach der zweiten Runde der Parlamentswahlen. In der Tat verfügen Präsident Jacques Chirac und Premierminister Jean-Pierre Raffarin nun über eine komfortable Mehrheit in der Assemblée Nationale, um in den kommenden Jahren ihre Politik auch durchzusetzen. Die fünf Jahre einer das Land lähmenden Kohabitation waren vorüber.

Der Wahlsieg von Premierminister Raffarin und seiner Union pour la Majorité Présidentielle (UMP) ist vor allem durch folgende Faktoren zu erklären:

- Die französischen Wähler hatten eingesehen, dass weitere Jahre der Kohabitation eine Katastrophe für ihr Land bedeuten würden. Sie wollten Präsident Chirac nach seinem Sieg bei den Präsidentenwahlen nun die Möglichkeit geben, seine Politik und sein Programm umzusetzen. Deshalb ist der Wahlsieg auch ein Sieg von Präsident Jacques Chirac.
- Darüber hinaus hatten Präsident Chirac und Premierminister Raffarin das überzeugendere Programmangebot gemacht. Mit den Prioritäten innere Sicherheit, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung durch mehr Spielraum für Eigeninitiative sowie Reform des Systems der Sozialversicherung hatten sie die Erwartungen und Hoffnungen der Wähler getroffen. Dagegen wirkte das Programm der Sozialisten und sonstigen Linken doch etwas angestaubt und vor allem eher defensiv. Die Streitigkeiten innerhalb der Führung der Sozialistischen Partei dürften das ihre zur Niederlage beigetragen haben.
- Schließlich hat der neue, von Jean-Pierre Raffarin geprägte Politik-Stil zu dem Sieg beigetragen. Raffarin wurde nicht müde, seine „Politik von unten“ zu propagieren. Die Politik müsse auf die Bevölkerung hören, auf ihre Sorgen und Probleme eingehen, mit ihr gemeinsam Lösungswege entwickeln und diese dann auch effizient und mutig in die Tat umsetzen. In Sprache und Auftreten verkörpert Raffarin selbst diesen Politikstil überzeugend. Die

Wähler halten ihn für glaubwürdig, nehmen ihm diese Botschaft auch ab. Raffarin praktiziert einen neuen Stil in der französischen Innenpolitik, auf den offenbar viele Wähler gewartet haben. Wenn er diesem neuen Stil treu bleiben kann, könnte Raffarin zu einem äußerst erfolgreichen Regierungschef werden. *Der Sieg bei den Parlamentswahlen ist deshalb vor allem und in erster Linie ein Sieg von Premierminister Jean-Pierre Raffarin.*

Die Fraktionen der neuen Assemblée Nationale	577 Sitze
Mitte/Rechte	394
UMP	365
UDF	29
Linke	163
PS	141
PC	22
ohne Fraktionszugehörigkeit	20

## ■ Die Fraktionen

In der neuen Assemblée Nationale verfügt die UMP über eine überwältigende Mehrheit von nahezu 65 Prozent der insgesamt 577 Sitze. Zusammen mit der UDF sind es fast 70 Prozent. Noch nie zuvor in der V. Republik besaß eine einzelne Partei eine derart große Mehrheit im der Nationalversammlung. Die UDF ist (von bisher rund 70 Abgeordneten) auf den Rang einer Splittergruppe herabgesunken, kann aber eine eigene Fraktion bilden. Noch ist offen, welche Rolle François Bayrou und seine UDF-Abgeordneten in der Assemblée zu spielen gedenken. Er scheint darauf zu spekulieren UMP-Abgeordnete abzuwerben, um damit seine Fraktion zu vergrößern.

■ In der neuen Assemblée Nationale verfügt die UMP über eine überwältigende Mehrheit von nahezu 65 Prozent der insgesamt 577 Sitze. Zusammen mit der UDF sind es fast 70 Prozent. Noch nie zuvor in der V. Republik besaß eine einzelne Partei eine derart große Mehrheit im der Nationalversammlung.

Die Linke ist von 319 Abgeordneten in der alten Assemblée auf insgesamt 178 Abgeordnete geschrumpft. Die Sozialisten haben über 100 Mandate eingebüßt, die Kommunisten 16 und die Grünen vier. Für den PC reicht es zu einer eigenen Fraktion, für die Grünen nicht mehr.

Überhaupt nicht mehr im Parlament vertreten ist die Bürgerbewegung von Jean-Pierre Chevènement.

Die Linke tröstete sich zunächst damit, dass der Sieg der bürgerlichen Parteien, bzw. die Niederlage der Linken nicht noch deutlicher ausgefallen sind. François Hollande sprach von einer *défaite honorable*.

■ **Der Sieg der bürgerlichen Parteien über die Linke ist auch ein Sieg der besseren Organisation des bürgerlichen gegenüber dem linken Lager. Die bürgerliche Seite ging weitgehend geeint und in einer großen politischen Formation in die Wahl, während die Linke zersplittert und größtenteils auch zerstritten antrat.**

Die extreme Rechte (FN/MNR) und auch die extreme Linke konnten keinen Sitz in der neuen Assemblée Nationale erringen.

Der Sieg der bürgerlichen Parteien über die Linke ist auch ein Sieg der besseren Organisation des bürgerlichen gegenüber dem linken Lager. Die bürgerliche Seite ging weitgehend geeint und in einer großen politischen Formation in die Wahl, während die Linke zersplittert und größtenteils auch zerstritten antrat. Die Linke steht nun vor der Aufgabe, diesen Teil des politischen Spektrums neu zu organisieren. Tendenziell dürfte das französische Parteienspektrum sich künftig in Richtung auf ein Zweiparteiensystem entwickeln.

### ■ **Große Sieger – große Verlierer**

Während schon seit dem ersten Wahlgang der Sieg der bürgerlichen Parteien nicht mehr in Frage stand, ging es im zweiten Wahlgang um die Höhe des Sieges und vor allem um die Ergebnisse in einigen besonders interessanten Wahlkreisen. Da hielt der zweite Wahlgang doch einige große Überraschungen bereit:

So wurden einige bekannte Politiker aus dem linken Lager nicht wieder gewählt:

- Robert Hue, Vorsitzender des PC
  - Martine Aubry, Bürgermeisterin von Lille und ehemalige Arbeits- und Sozialministerin
  - Jean-Pierre Chevènement, Bürgermeister von Belfort und Vorsitzender der Bürgerbewegung
  - Raymond Forni, bisheriger Vorsitzender der Assemblée Nationale
  - Dominique Voynet, Vorsitzende der Grünen
  - Pierre Moscovici, ehemaliger Europaminister
  - Vincent Peillon, Sprecher des PS
  - Jean-Marie Bockel, Bürgermeister von Mühlhausen
  - Chatherine Trautman, ehemalige Bürgermeisterin von Straßburg
  - Guy Hascoët, ehemaliger Minister der Grünen
  - Gilbert Mitterand, Sohn von François Mitterand
- Auch einige Politiker aus dem bürgerlichen Lager fielen bei der Wahl durch:

- José Rossi, Président de l'Assemblée de Corse
- Dominique Versini, Staatssekretär der Regierung Raffarin

- Charles Millon, ehemaliger Verteidigungsminister
- Jacques Toubon, ehemaliger Justizminister

### ■ Drängende Aufgaben

Die neue Regierung und die sie tragende Parlamentsmehrheit stehen in den nächsten Monaten vor schwierigen Herausforderungen:

- Die Erwartungen, welche die Franzosen in die neue Regierung setzen, sind hochgesteckt. Vor allem auf dem Felde der inneren Sicherheit und der wirtschaftlichen Entwicklung bzw. Beschäftigung muss die Regierung bald greifbare Erfolge vorweisen können. In den Sitzungswochen zwischen der zweiten Runde der Parlamentswahlen und der Sommerpause wurden einige erste Maßnahmen auf den Weg gebracht. Vor allem die von Innenminister Sarkozy und Justizminister Perben gestarteten Programme scheinen bereits die erste Wirkung zu zeigen. Innenminister Nicolas Sarkozy ist bereits zu einem der beliebtesten Politiker des bürgerlichen Lagers geworden.
- Besonders schwierig gestaltet sich die Wirtschafts- und Finanzpolitik. Einerseits müssen die Wahlkampfversprechen einer Steuersenkung eingehalten werden. Andererseits schrumpfen oder stagnieren die Steuereinnahmen. Substanzielle Ausgabenkürzungen sind nur im Bereich der Sozialausgaben möglich, wecken aber sehr schnell die Streiklust der militanten Gewerkschaften. Weitere Privatisierungen sind zwar vorgesehen, sind aber angesichts der aktuellen Börsenflaute weniger einträglich. Frankreich wird zwar alle Anstrengungen unternehmen, das Drei-Prozent-Kriterium des Pakts für Stabilität und Wachstum einzuhalten. Alles deutet aber darauf hin, dass es nicht möglich sein wird, bis zum Jahr 2004 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.
- Mit der Neuwahl der Assemblée Nationale ergibt sich auch die Chance einer dauerhaften Neuordnung der Parteienlandschaft in Frankreich. Wesentliche Voraussetzung für den Sieg der UMP war die Bildung einer großen, einigen Formation der bürgerlichen Parteien. Es ist nun an der politischen Linken, aus dieser Erfahrung die Lehren für eine Neuorganisation des linken Lagers in Frankreich zu ziehen. Das Ergebnis der Entwicklung könnte,

wie schon gesagt, ein bipolares Parteiensystem in Frankreich sein.

- Die UMP steht vor der großen Herausforderung, die Mehrheit, welche sie in den Parlamentswahlen errungen hat, nun auch effizient und dauerhaft zu nutzen. Eine Schlüsselrolle spielt dabei der Vorsitzende der UMP-Fraktion, Jacques Barrot. Er muss seiner neuen Fraktion mit rund 365 Mitgliedern eine effiziente Organisation und den notwendigen politischen Zusammenhalt geben, um zu verhindern, dass die alten politischen Strömungen und Gruppierungen wiederauferstehen.
- Für Oktober ist der Gründungsparteitag der Partei UMP geplant. Alain Juppé hat bereits offen erklärt, dass er die Führung dieser neuen Partei anstrebt. Zusammen mit Jean-Claude Gaudin (Bürgermeister von Marseille) und Philippe Douste-Blazy (Bürgermeister von Toulouse) bildet er in dieser Übergangszeit das Führungstrio der Partei. Alles deutet darauf hin, dass es diesmal gelingen könnte, in Frankreich eine bürgerliche Volkspartei zu begründen. Es besteht kaum ein Zweifel daran, dass Alain Juppé der Führer dieser neuen Partei sein wird.